



## Fragenliste NRW 2013 – Antworten KPÖ

**Auf die Fragen des Rechtskomitee LAMBDA antwortet für die KPÖ deren Spitzenkandidat Mirko Messner:**

**(1)** Gleichgeschlechtliche Paare sind in Österreich immer noch von der Eingehung einer Zivilehe ausgeschlossen (§ 44 ABGB). Dies steht im Gegensatz zu immer mehr anderen Staaten Europas und außerhalb Europas, wie Spanien, Portugal, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Norwegen, die Niederlande, Schweden, Dänemark, Island, Argentinien, Uruguay, Mexiko, Brasilien, Kanada, Südafrika, Neuseeland und immer mehr Bundesstaaten der USA.

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf **Aufhebung des Eheverbotes** stellen oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?

**Messner (KPÖ):** Ganz eindeutig: Ja! Die KPÖ fordert seit 2004 die Öffnung der standesamtlichen Ehe für gleichgeschlechtliche PartnerInnenschaften bei einer gleichzeitigen umfassenden Modernisierung des Ehe- und Familienrechts. Das österreichische Eherecht ist – von Details abgesehen – seit den 1970er Jahre nicht mehr grundlegend überarbeitet worden, Anpassungen an die heutige gesellschaftliche Realität sind daher längst überfällig.

**(2)** Die 2010 eingeführte eingetragene Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare beinhaltet über 60 Ungleichbehandlungen zur Zivilehe verschiedengeschlechtlicher Paare. Nach Urteilen des Verfassungsgerichtshofs und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wurden diese Unterschiede erheblich reduziert. Wie aus der beiliegenden Liste ersichtlich ist, bestehen aber immer noch **40 Ungleichbehandlungen zwischen der Zivilehe und der EP**.

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag bzw. Gesetzesanträge auf Beseitigung all dieser Ungleichbehandlungen einbringen oder solche Anträge einer anderen Partei unterstützen?

**Messner (KPÖ):** Es gibt keinen sachlichen Grund, gleichgeschlechtliche Paare anders zu behandeln als verschiedengeschlechtliche Paare. Die KPÖ fordert daher die Gleichstellung ohne „wenn und aber“.

**(3)** Auf Grund eines von uns erwirkten Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wurde gleichgeschlechtlichen Paaren kürzlich die Stiefkindadoption ermöglicht. Die **Fremdkindadoption und die Sukzessivadoption** sind gleichgeschlechtlichen Paaren jedoch nach wie vor verwehrt (§ 191 Abs. 2 ABGB, § 8 Abs. 4 EPG).

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf Beseitigung des Verbots der Fremdkind- und Sukzessivadoption für gleichgeschlechtliche Paare einbringen oder solche Anträge einer anderen Partei unterstützen?

**Messner (KPÖ):** Auch hier gilt: Gleiche Rechte für Alle. Auch bei der Fremdkindadoption und der Sukzessivadoption sind gleichgeschlechtliche Partnerschaften gleichzustellen.

(5) Frauen, die nicht in einer Ehe oder Lebensgemeinschaft mit einem Mann leben, ist es in Österreich verboten, **medizinisch unterstützte Fortpflanzung** (Samenspende) in Anspruch zu nehmen (§ 2 FMedG).

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag stellen, um es auch alleinstehenden Frauen und Frauen in gleichgeschlechtlichen Beziehungen zu ermöglichen, medizinisch unterstützte Fortpflanzung in Anspruch zu nehmen, oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?

**Messner (KPÖ):** Die Tatsache, dass lesbischen Paaren oder alleinstehenden Frauen die Möglichkeit der - späteren - Zeugung eines Kindes mit Hilfe einer Insemination oder In-Vitro Fertilisation gesetzlich verboten wird, zeigt, wie fest verankert ein reaktionäres Menschen- und Familienbild in Österreich immer noch ist. Auch hier ist eine Änderung überfällig und wird von uns unterstützt.

(6) Der **Gleichheitssatz der österreichischen Bundesverfassung** (Art. 2 StGG, Art. 7 B-VG) beinhaltet, anders als beispielsweise die EU-Grundrechtecharta (Art. 21), kein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung auf Grund sexueller Orientierung.

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag zur **Aufnahme von „sexueller Orientierung“** in den Gleichheitssatz der Bundesverfassung stellen, wie dies auch das Ergebnis des Österreich-Konvents war, oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen? Befürworten Sie auch die Aufnahme des Merkmals **„Geschlechtsidentität“**?

**Messner (KPÖ):** Die KPÖ steht für die gleichen sozialen und politischen Rechte für alle in diesem Land lebenden Menschen – unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihres Alters, einer Behinderung oder ihrer sexuellen Orientierung. Die Forderung diese Merkmale auch ausdrücklich in der Verfassung zu verankern wird von uns unterstützt.

(7) Homo- und bisexuelle Frauen und Männer sind in Österreich auf Bundesebene nach wie vor nur im Bereich der Arbeitswelt durch eine **Antidiskriminierungsgesetzgebung** geschützt. Außerhalb dieses Bereiches sind sie Diskriminierungen schutzlos ausgeliefert. Solche Diskriminierungen sind an der Tagesordnung und wurden etwa beim Besuch von Lokalen, beim Blutspenden, bei der Vermietung von Hotelzimmern und Wohnungen, bei der Zulassung zu Tanzschulen, bei der Inseratenannahme durch Medien u.v.a.m. bekannt.

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag stellen, damit homo- und bisexuelle Frauen und Männer (wie in 8 der 9 Bundesländer) **auch auf Bundesebene in allen Lebensbereichen gesetzlich vor Diskriminierung geschützt** werden oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?

**Messner (KPÖ):** Die bestehenden österreichischen Antidiskriminierungsgesetze sind unzureichend. Die Aufsplitterung auf verschiedene Bundes- und Landesgesetze (GIBG, B-GIBG, etliche Landes-Antidiskriminierungsgesetze) ist unserer Meinung nach die denkbar schlechteste Lösung. Die KPÖ unterstützt daher die Forderung nach einem umfassenden (Bundes-)Antidiskriminierungsgesetzes, welches den Diskriminierungsschutz in der Arbeitswelt, beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen und gegen staatliches Handeln umfassend regelt.

(7/1) Die Ersatzbestimmung für das berüchtigte anti-homosexuelle Sonderstrafgesetz § 209 Strafgesetzbuch (StGB), § 207b StGB, wird unverhältnismäßig oft gegen Beziehungen

zwischen Männern angewendet (bis zu 80% aller eingeleiteten Gerichtsverfahren, 100% der Einweisungen in Anstalten für geistig abnorme Rechtsbrecher) und immer wieder werden auch einverständliche Kontakte verfolgt. In den letzten Jahren wurde die Bestimmung noch verschärft, wie bspw. durch das Verbot von elektronisch überwachtem Hausarrest („Fußfessel“) und die Aufnahme von Verurteilten in die Sexualstraftäterdatei.

Was werden Sie dagegen nach der Wahl unternehmen? Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf **Aufhebung des § 207b StGB** stellen oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?

**Messner (KPÖ):** Die Sinnhaftigkeit des §207b StGB im System der Sexualdelikte wird meines Wissens auch von JuristInnen stark bezweifelt. Für uns war bereits bei seiner Einführung klar: Der § 207b ist der alte § 209 im neuen Kleid. Die KPÖ fordert daher die ersatzlose Streichung des § 207b.

**(8)** Personen, die auf Grund der anti-homosexuellen Sonderstrafgesetze verurteilt, und, zum Teil sogar in Anstalten für geistig abnorme Rechtsbrecher, inhaftiert wurden, sind nicht rehabilitiert worden. Ihre Verurteilungen sind nach wie vor aufrecht. Im österreichweiten (Vor)Straf(en)register sind immer noch Männer und Frauen vorgemerkt, die nach den anti-homosexuellen Sonderstrafgesetzen (als führendes Delikt) verurteilt worden sind, zT sogar wegen des 1971 abgeschafften Totalverbots. Kein Opfer der Sonderstrafgesetze wurde jemals für das Leid und die Zerstörung der bürgerlichen Existenz durch Bloßstellung, Stigmatisierung, kriminalpolizeiliche Ermittlungen, kriminalgerichtliche Verfahren und Verurteilung sowie schließlich bis hin zur Internierung in Anstalten für geistig abnorme Rechtsbrecher jemals entschädigt. Dies, obwohl diese Personen „Gewissensgefangene“ im Sinne des Mandats von Amnesty International waren.

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf **Aufhebung der Verurteilungen und Entschädigung der Opfer der anti-homosexuellen Sonderstrafgesetze** stellen oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?

**Messner (KPÖ):** Die etablierte österreichische Politik hat Entschädigungen für von staatlicher Seite erlittenes Unrecht immer negiert. Traurige Beispiele hierfür sind die Geschichte der Entschädigung von NS-Opfer oder der jahrzehntelange Kampf um die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure. Die verspäte Streichung solcher Verurteilungen aus dem Strafregister wird von uns selbstverständlich unterstützt, eine Entschädigung ebenfalls. Als Symbol der - viel zu späten - Rehabilitierung ist beides wichtig und richtig.

**(9)** Homosexuelle Menschen sind, wie es der Europarat so treffend formulierte, „Opfer jahrhundertalter Vorurteile“. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei nach der Wahl konkret setzen zur **Förderung** spezialisierter **Beratungsstellen** sowie von **Einrichtungen**, die den **Abbau von Diskriminierung und Vorurteilen** auf Grund sexueller Orientierung in unserer Gesellschaft zum Ziel haben?

**Messner (KPÖ):** Die KPÖ sieht sich grundsätzlich nicht als Partei die "für" jemanden stellvertretend Politik macht, sondern dafür kämpft, dass die Menschen die Möglichkeiten und die Mittel bekommen selbst für Rechte und Anliegen einzutreten. Gerade deswegen halten wir den als Zivilgesellschaft bezeichneten Bereich als entscheidend wichtig. Denn in vielen Politikfeldern sind es die NGO's, die viel näher an den Problemen sind als die Politik. Problematisch ist dabei die österreichische Förderungspolitik, die zu sehr von parteipolitischen Erwägungen geprägt ist. Wir treten daher für eine Neugestaltung und Objektivierung der österreichischen Förderungspolitik mit starker Einbindung der Bevölkerung ein.

(10) Homophobie und Transphobie sind trotz aller gesellschaftlichen Fortschritte weiter ein Problem in unserer Gesellschaft. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Übergriffen. Die Bundesregierung arbeitet unter Leitung des Außenministeriums an der Erstellung eines österreichischen Aktionsplans gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, spart die Bereiche Homophobie und Transphobie jedoch aus (<http://tinyurl.com/lyd8m43>). Es existieren auf Bundesebene keine koordinierten staatlichen Programme gegen diese Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wir sind der Ansicht, dass alle Gruppen, gegen die sich Hassverbrechen richten, in die Programme zur Bekämpfung minderheitenfeindlicher Gewalt und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit einbezogen und angemessen berücksichtigt werden müssen. Das gilt auch für Maßnahmen zur Opferhilfe.

*Werden Sie sich für einen **Aktionsplan auf Bundesebene** einsetzen, der auch Homophobie und Transphobie entgegenwirkt?*

*Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Situation von homo- und bisexuellen sowie transidenten und intersexuellen Menschen bei den staatlichen Programmen zur **Gewaltprävention und zur Opferhilfe** ausdrücklich berücksichtigt wird?*

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag einbringen oder einen Antrag einer anderen Partei unterstützen, mit dem homophobe Straftaten (**Hate-Crimes**) erhöhten Strafen unterworfen werden (bspw. durch Erweiterung des § 33 Z. 5 StGB um einen Verweis auf die in § 283 StGB genannten Gruppen)?

**Messner (KPÖ):** *Ein solcher Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie ist sicherlich wünschenswert, kann aber nur ein Mosaikstein von vielen sein, wenn es um die Bekämpfung Rassismus, Xenophobie und Homophobie geht.*

(11) Immer häufiger propagieren dubiose Organisationen aus dem christlich-fundamentalistischen Spektrum eine „Umkehrbarkeit“ von Homosexualität, die als zu heilendes Defizit dargestellt wird. Solche „Therapien“ bergen erwiesenermaßen erhebliche Gefahren für die psychische Gesundheit. Sie dürfen keinesfalls von staatlicher Seite gefördert werden. Der Staat hat hier eine Schutzpflicht und muss verhindern, dass insbesondere Minderjährige solchen gesundheitsgefährdenden „Therapien“ ausgesetzt werden, zumal Selbstmord bei *homo- und bisexuellen sowie transidenten und intersexuellen* Jugendlichen die häufigste Todesursache ist.

*Wie werden Sie gegen **homophobe „Therapieangebote“** vorgehen, die in letzter Zeit insbesondere von religiös-fundamentalistischen Organisationen verstärkt durchgeführt werden? Werden Sie Gesetzesanträge zur Unterbindung, insb. bei Jugendlichen, einbringen oder unterstützen?*

**Messner (KPÖ):** Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut - solange sich die Argumentation im Rahmen unserer Rechtsordnung bewegt. Mit den sogenannten „Therapieangebote“ zur vermeintlichen „Heilung“ von Homosexualität sollte man/frau sich unserer Meinung nach aber auf einer sachlich-argumentativen Ebene auseinandersetzen (wo sie aufgrund ihrer Unwissenschaftlichkeit leicht zu entlarven sind), nicht auf einer juristischen Ebene. Die Meinungsfreiheit endet jedoch natürlich dort, wo Verhetzung, Verleumdung oder die Aufforderung zu einer Straftat beginnen.

(12) *Die aktuelle Homophobiestudie der EU-Grundrechte-Agentur hat ergeben, dass homo- und bisexuelle sowie transidente und intersexuelle Menschen vor allem in der Schule in besonderem Maß Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind.*

*Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Themen **homosexuelle Lebensweisen und Transidentität** in **Schule und Unterricht** in angemessener Weise behandelt werden?*

Wie werden Sie sicherstellen, dass in **Integrationsprogrammen und -maßnahmen** die Lebenssituation und Nichtdiskriminierung von homo- und bisexuellen sowie transidenten und intersexuellen Menschen als Werte von Demokratie und Zivilgesellschaft vermittelt werden?

**Messner (KPÖ):** Das Homophobie und Xenophobie in der Schule Thema sein müssen, unterstützen wir. Das ist aber nur ein Aspekt: Die KPÖ fordert seit langem eine umfassende demokratische Gesamtschulreform. Denn das derzeitige System ist, wenn es um Integration und die Entwicklung einer solidarischen Gesellschaft geht, Teil des Problems, nicht der Lösung. Auch Bildung ist ein Menschenrecht. Dieses Menschenrecht zu verwirklichen setzt voraus, ein kostenloses öffentliches Bildungswesens zu sichern und auszubauen. Soziale Herkunft darf nicht länger die Bildungs- und Lebenschancen von Kindern und Jugendlichen vorherbestimmen. Die KPÖ fordert daher: Schluss mit der sozialen Auslese am Ende der Volksschule. Schluss mit der Benachteiligung der Kinder von ArbeiterInnen, AlleinerzieherInnen und MigrantInnen. Wir fordern ganztägig geführte Gesamtschulen bis zum Ende der Schulpflicht, soziale Integration und individuelle Förderung aller Begabungen und Talente.

(13) In über 70 Staaten weltweit wird Homosexualität noch immer strafrechtlich verfolgt, in einigen Ländern sogar mit Todesstrafe bedroht. Vielerorts sind staatliche Behörden an der Unterdrückung beteiligt, verweigern ihnen jeglichen Schutz vor Anfeindungen und Gewalt. In einigen Staaten sind regionale oder nationale Parlamente dazu übergegangen, Gesetze gegen „Förderung von Homosexualität“ zu erlassen, die Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in die gesellschaftliche Unsichtbarkeit zwingen wollen und ihnen das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie auf freie Entfaltung der Persönlichkeit absprechen. In Russland haben solche Gesetze jüngst zu homophoben Progromen geführt, die die Weltöffentlichkeit erschüttert haben. Der **EU-Aussenministerrat** hat am 24.06.2013 **Richtlinien** erlassen, um sicherzustellen, dass die Menschenrechte von homo- und bisexuellen sowie transidenten und intersexuellen Menschen durch die Außenpolitik und die diplomatischen Dienste der Mitgliedstaaten gefördert und geschützt werden (<http://tinyurl.com/m96akx5>).

Wie werden Sie sich nach der Wahl dafür einsetzen, dass Menschenrechtsverletzungen auf Grund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität in **Österreichs Außenpolitik** und in der täglichen Arbeit der österreichischen **Vertretungsbehörden** angemessen Berücksichtigung finden?

Soll **österreichische Entwicklungshilfe** von der Einhaltung der Menschenrechte homo- und bisexueller sowie transidenter und intersexueller Menschen abhängig gemacht werden?

Wie soll Österreich im Zusammenhang mit den bevorstehenden **Olympischen Winterspielen in Sotschi (RUS)** auf die aktuelle Homosexuellenverfolgung in Russland reagieren?

**Messner (KPÖ):** Minderheitenrechte sind Menschenrechte. Und müssen als solche ein fixer Standard des politischen Handelns sein. Das kann sich aber nicht auf Bereiche beschränken die für uns einfach zu kontrollieren oder „nebensächlich“ sind, sondern muss konsequent alle Politikbereiche erfassen. Ein Beispiel: Es wäre wohl mehr als zynisch, einerseits die Vergabe österreichischer Entwicklungshilfe (deren Höhe ohnehin nur bei 0,43 Prozent des BNE liegt) von der Einhaltung der Menschenrechte in den Kooperationsländern abhängig zu machen, andererseits ohne mit der Wimper zu zucken gute Geschäfte mit Ländern wie Saudi-Arabien zu machen – ein absolutistisch regiertes Land in dem nicht nur Homosexualität strafbar ist, sondern auch die Einhaltung grundlegender Menschenrechte - von Frauenrechten bis hin zur demokratischen Mitbestimmung - in weiter Ferne liegt. Die KPÖ vertritt den Standpunkt, dass ein „anderes Wirtschaften“ möglich ist. Ziel ist eine Wirtschaftsordnung, die den Menschen

die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht, den Frieden bewahrt und die Umwelt schützt. Gemeinsam mit globalisierungskritischen Bewegungen fordern wir eine demokratisierte globale Weltwirtschaftsordnung.

(14) In letzter Zeit wurde vereinzelt vorgeschlagen, pornografische Internetseiten zu sperren. Solche Sperren sollen demnach nur auf Antrag der Anschlussinhaber unter Altersnachweis aufgehoben werden. Befürworten Sie solche **Internetsperren**?

Wenn ja: Wer soll darüber entscheiden, ob eine Internetseite „pornografisch“ ist, und nach welchen Kriterien? Wie sollen sich Betroffene (wie zB fälschlich als pornografisch eingestufte LGBT-Seiten, Sexualberatungsseiten etc.) gegen eine Sperre wirksam wehren können, ohne die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins und vollendeter Fakten vor erfolgter Überprüfung durch ein unabhängiges Gericht?

**Messner (KPÖ):** Solchen Einschränkungen im Netz steht die KPÖ grundsätzlich kritisch gegenüber und die bisher vorgeschlagenen Konzepte können nicht wirklich überzeugen.

(15) Die damalige Regierungskoalition hat 2004 die Altersgrenze für „Kinder“**pornografie** entgegen den einhelligen ExpertInnenmeinungen von 14 auf **18 Jahre** angehoben, sodass sich nun etwa ein 17jähriger strafbar macht, wenn er eine „pornografische“ Aufnahme von sich selbst macht und diese seinem/seiner PartnerIn zeigt, selbst dann wenn er mit ihr (oder ihm) verheiratet ist.

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag auf Abänderung dieser absurden Gesetzeslage stellen, etwa im Sinne einer **Konzentration auf die kommerzielle Ausbeutung** von Jugendlichen **anstatt der Verfolgung einverständlicher Handlungen im privaten nicht-kommerziellen Bereich**, oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?

**Messner (KPÖ):** Der Themenkreis Kinderpornographie ist ein stark emotional aufgeladenes Politikfeld das oft für rasche, medienwirksame und grundfalsche Demonstrationen politischer Entschlossenheit herhalten muss. Die Anhebung der Altersgrenze auf 18 Jahre für Kinderpornographie ohne jede Differenzierung ist ein gutes Beispiel dafür. Statt "Law-and-Order"-Parolen sollten ein verbesserter Opferschutz, die Sensibilisierung von LehrerInnen, JugendbetreuerInnen, ExekutivbeamtenInnen und der Gesellschaft insgesamt hier die Prioritäten sein. Jugendliche Sexualität braucht nicht nur Schutz gegen Übergriffe sondern auch ihre Freiräume.

(16) Menschen, die mit uneindeutigen biologischen Geschlechtsmerkmalen geboren werden, haben bislang keinen rechtlichen Schutz. Obwohl körperlich gesund, werden sie in der Mehrzahl der Fälle von frühestem Kindesalter an irreversiblen medikamentösen und chirurgischen Eingriffen unterzogen. Diese Zwangsbehandlungen stellen einen erheblichen Verstoß gegen das Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmung und Würde dar. Die Zwangsanpassungen an die rechtlich geforderte Zweiteilung der Geschlechter sind eine schwerwiegende Form der Diskriminierung. Es braucht eine rechtliche und gesellschaftliche Anerkennung zwischengeschlechtlicher (intersexueller) Menschen.

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag einbringen, *wonach in Zukunft chirurgische und/oder medikamentöse bzw. hormonelle Eingriffe **nur mit der informierten Einwilligung** der betroffenen Menschen erfolgen dürfen, die durch das Einverständnis der Sorgeberechtigten nicht ersetzt werden kann, oder einen solchen Antrag einer anderen Partei unterstützen?*

*Was werden Sie dafür tun, dass Menschen mit einer Besonderheit der geschlechtlichen Entwicklung ein Recht auf **freie Entfaltung und Selbstbestimmung** gewährleistet wird?*

Wie werden Sie sich insbesondere dafür einsetzen, dass dem Phänomen **Intersexualität** in der Rechtsordnung künftig Rechnung getragen wird?

**Messner (KPÖ):** Die rechtliche Situation intersexueller Menschen ist unserer Meinung nach unbefriedigend. Die KPÖ unterstützt daher die Forderungen auf das Recht auf freie (Vor)Namenswahl unabhängig vom in der Geburtsurkunde eingetragenen Geschlecht und fordert die Streichung der Kategorie Geschlecht in Ausweisen und amtlichen Dokumenten.

(17) 2010 haben die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, gegen die Stimmen aller Oppositionsparteien, die ohnehin bereits lächerlich geringe **Entschädigung für unschuldig oder rechtswidrig Inhaftierte** noch weiter gesenkt. Standen bisher beispielsweise für 30 Tage unschuldig oder rechtswidrig erlittener Haft wenigstens EUR 3.000,-- und für ein Jahr eines Lebens EUR 36.500,-- zu, so sind es jetzt nur mehr geradezu verhöhnende EUR 600,-- bis 1.500,-- für ein Monat bzw. EUR 7.300,-- bis EUR 18.250,-- für ein Jahr eines Menschenlebens (§ 5 StEG).

Wird Ihre Partei nach der Wahl im Nationalrat einen Gesetzesantrag einbringen, oder einen Antrag einer anderen Partei unterstützen, mit dem diese Verhöhnung von Justizopfern wieder rückgängig gemacht und für derartig schreckliche, staatlich zugefügte Erlebnisse **endlich angemessene Entschädigungen** festgelegt werden?

**Messner (KPÖ):** Der Staat hat für die Fehler seiner Organe einzustehen. Dazu gehört natürlich auch eine angemessene Entschädigung für unschuldig oder rechtswidrig Inhaftierte.

(18) Bitte nennen Sie uns jene **offen homo- und bisexuellen bzw. transidenten und intersexuellen Kandidatinnen und Kandidaten**, die für Ihre Partei an wählbarer Stelle kandidieren.

**Messner (KPÖ):** Alle unsere KandidatInnen kandidieren an wählbarer Stelle und treten für gleiche soziale und politische Rechte für alle unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Religion oder sexueller Orientierung ein. Da in die Frage der sexuellen Orientierung und Identität keine Rolle spielt, haben wir keinen Überblick welche von den an die 300 Personen, die insgesamt für die KPÖ kandidieren, offen hetero-, homo- oder bisexuell bzw. transident oder intersexuell leben.

(19) Welche Ihrer oben dargestellten Positionen sind für Ihre Partei **Koalitionsbedingung**?

**Messner (KPÖ):** Die KPÖ steht für die gleichen sozialen und politischen Rechte für alle in diesem Land lebenden Menschen – unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrem Geschlecht, ihrer Religion oder Weltanschauung, ihres Alters, einer Behinderung oder ihrer sexuellen Orientierung. Das ist jene unabdingbare Grundbedingung an der Koalitionsverhandlungen der KPÖ mit jeder anderen österreichischen Partei (so zB in der Frage des MigrantInnen-Wahlrechts, des Asylrechts etc) höchstwahrscheinlich scheitern würden. Wenn uns der Einzug in den Nationalrat gelingt ist die Rolle der KPÖ daher höchstwahrscheinlich die einer unbestechlichen sozialen Opposition und nicht die einer Regierungspartei.

(20) Zuletzt: Nennen Sie uns bitte die aus Ihrer Sicht **3 wichtigsten Gründe**, die homo- und bisexuelle sowie transidente und intersexuelle Wählerinnen und Wähler veranlassen sollen, Ihrer Partei den Vorzug zu geben.

**Messner (KPÖ):**

1. Wer KPÖ wählt, stellt sich auf einen klaren Standpunkt, der auch nicht aus koalitionstaktischen Gründen aufgegeben wird. Wir stehen für das ein, was wir fordern.
2. Je erfolgreicher die KPÖ bei Wahlen abschneidet, umso mehr mediale Aufmerksamkeit kann sie - auch ohne Mandate - für von den etablierten Parteien „vergessene“ Probleme erreichen.
3. Jede Stimme für die KPÖ steht für einen Menschen, der für die gleichen sozialen und politischen Rechte aller unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Religion oder sexueller Orientierung eintritt.